

Dortmunder Systemhaus
Mit kommunaler Kompetenz an Ihrer Seite



DEUTSCHLAND-ONLINE
PERSONENSTAND

Das elektronische Personenstandswesen ab 1.1.2009



PStRG - Gesetzgebungsverfahren

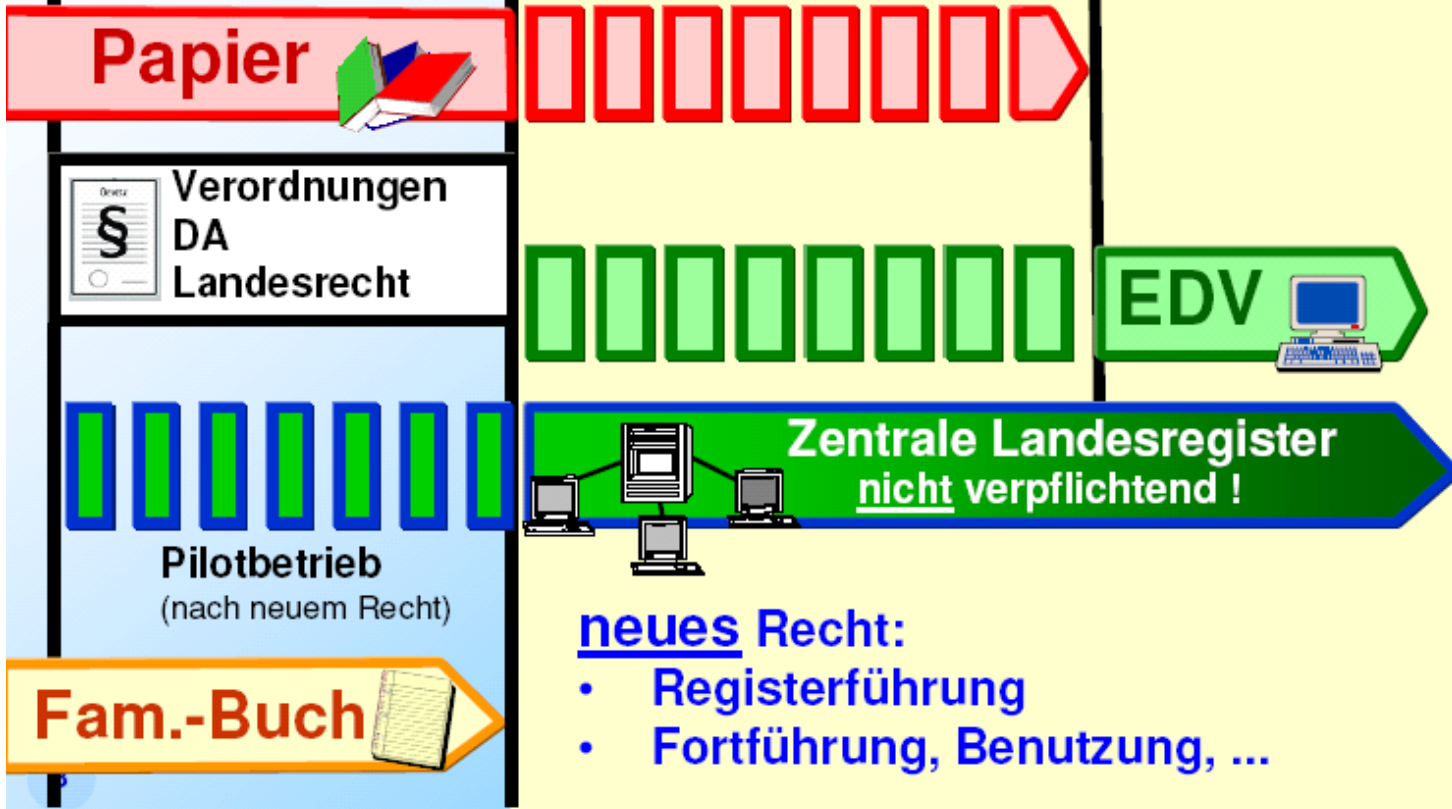


Zeitplan PStRG

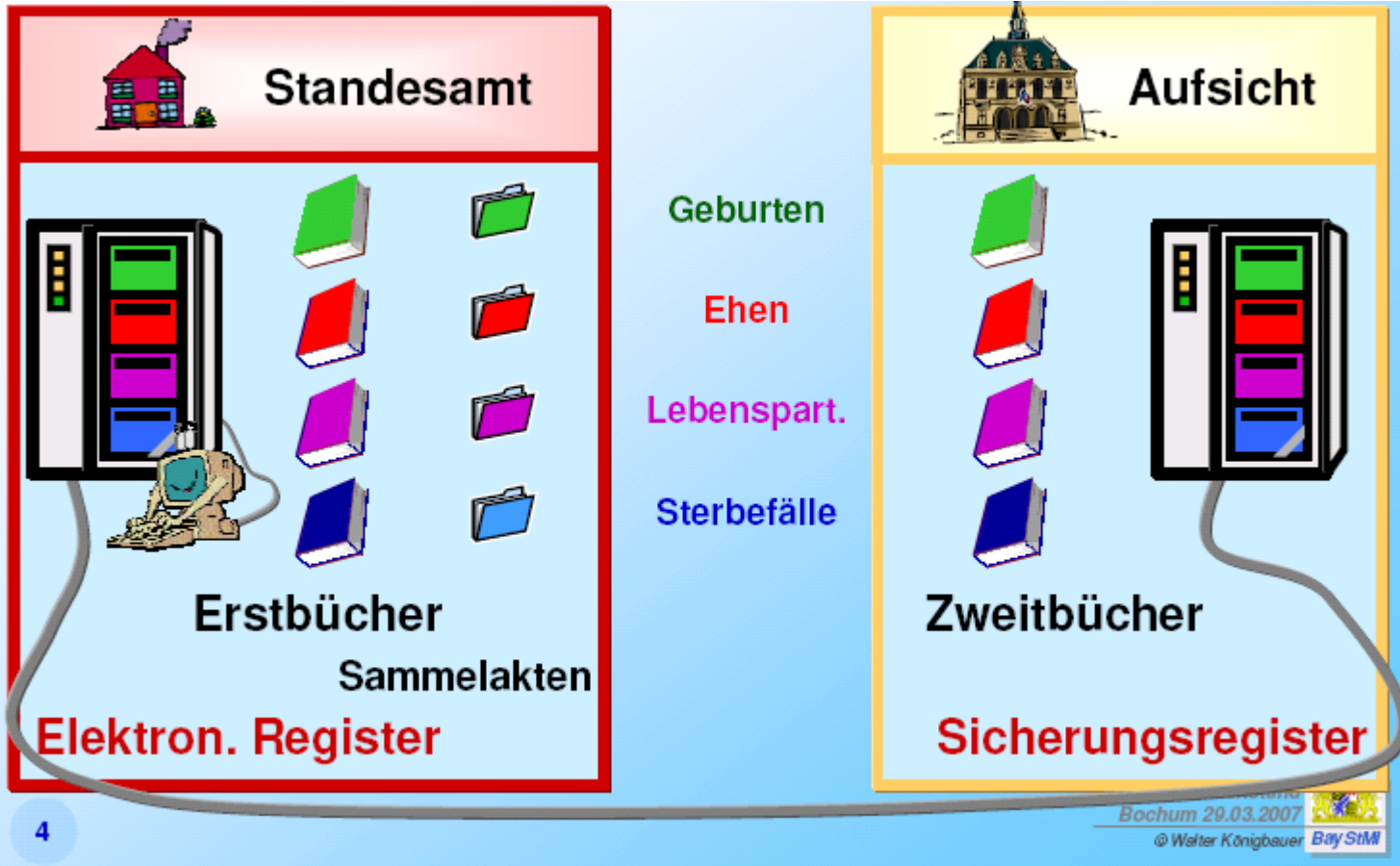
24.2.2007

1.1.2009

1.1.2014



Neues Beurkundungsmedium




Fristen



Urkundlicher Teil

§§ 3, 5 PStG


Haupteintrag



jederzeit erkennbare
Identität

Folgebeurkundung (Fortführung)

- ▶ Ergänzungen
- ▶ Berichtigungen



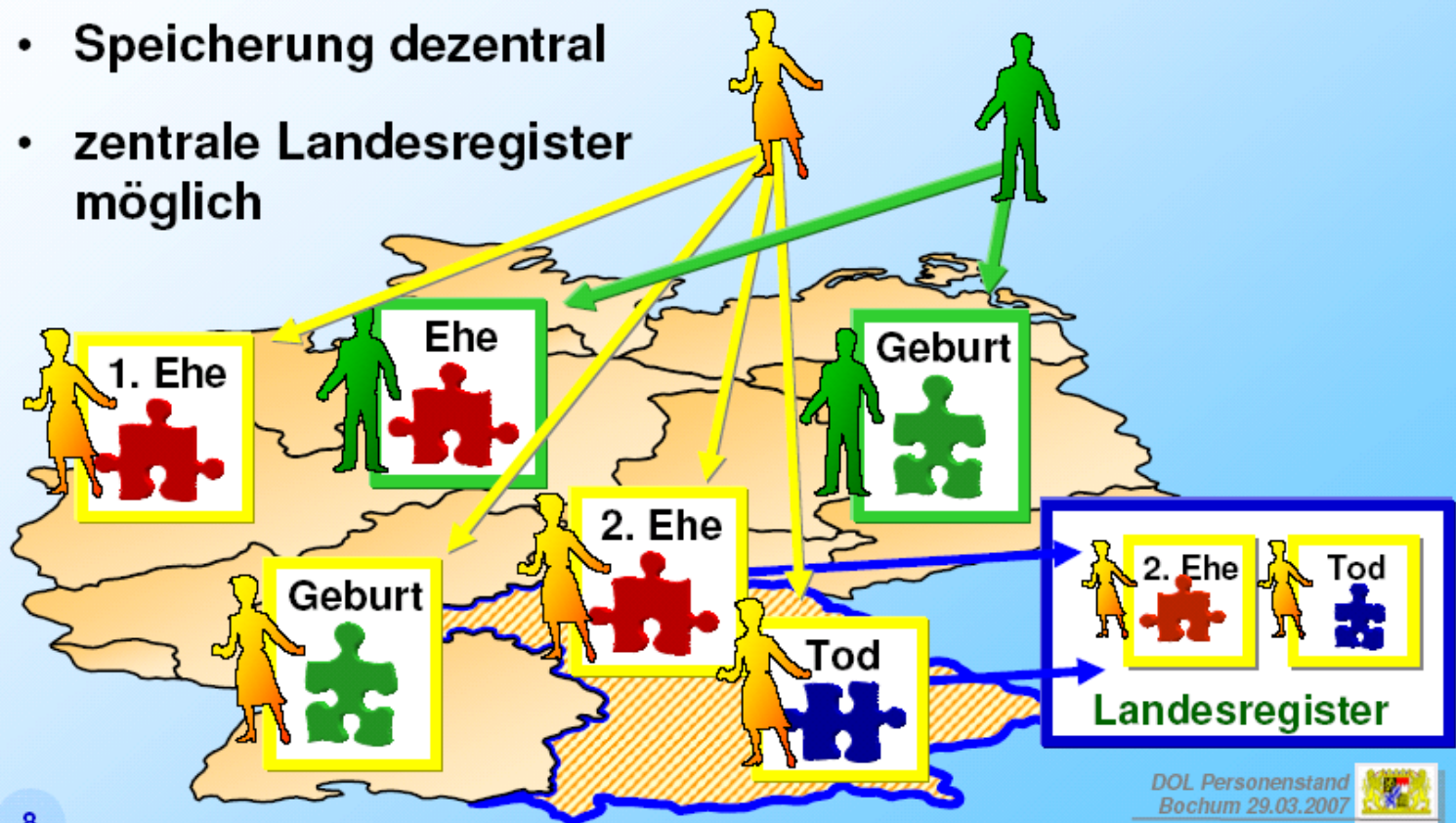
jederzeit erkennbare
Identität

Hinweisteil

- ▶ **Verknüpfungen** (andere Register)
- ▶ u. U. Staatsangehörigkeit

Das Beurkungssystem

- Erfassung anlassbezogen, vor Ort
- Speicherung dezentral
- zentrale Landesregister möglich

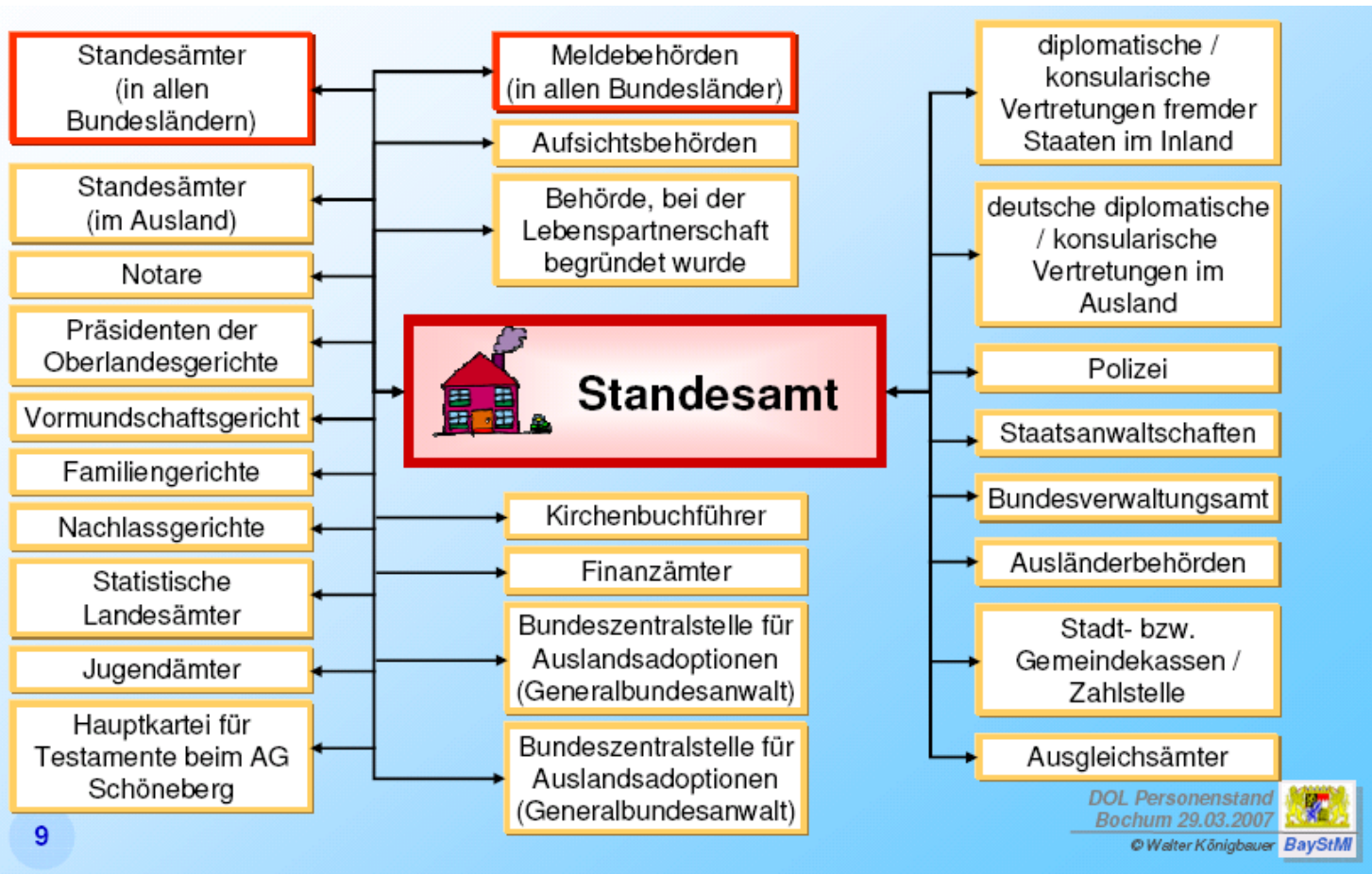


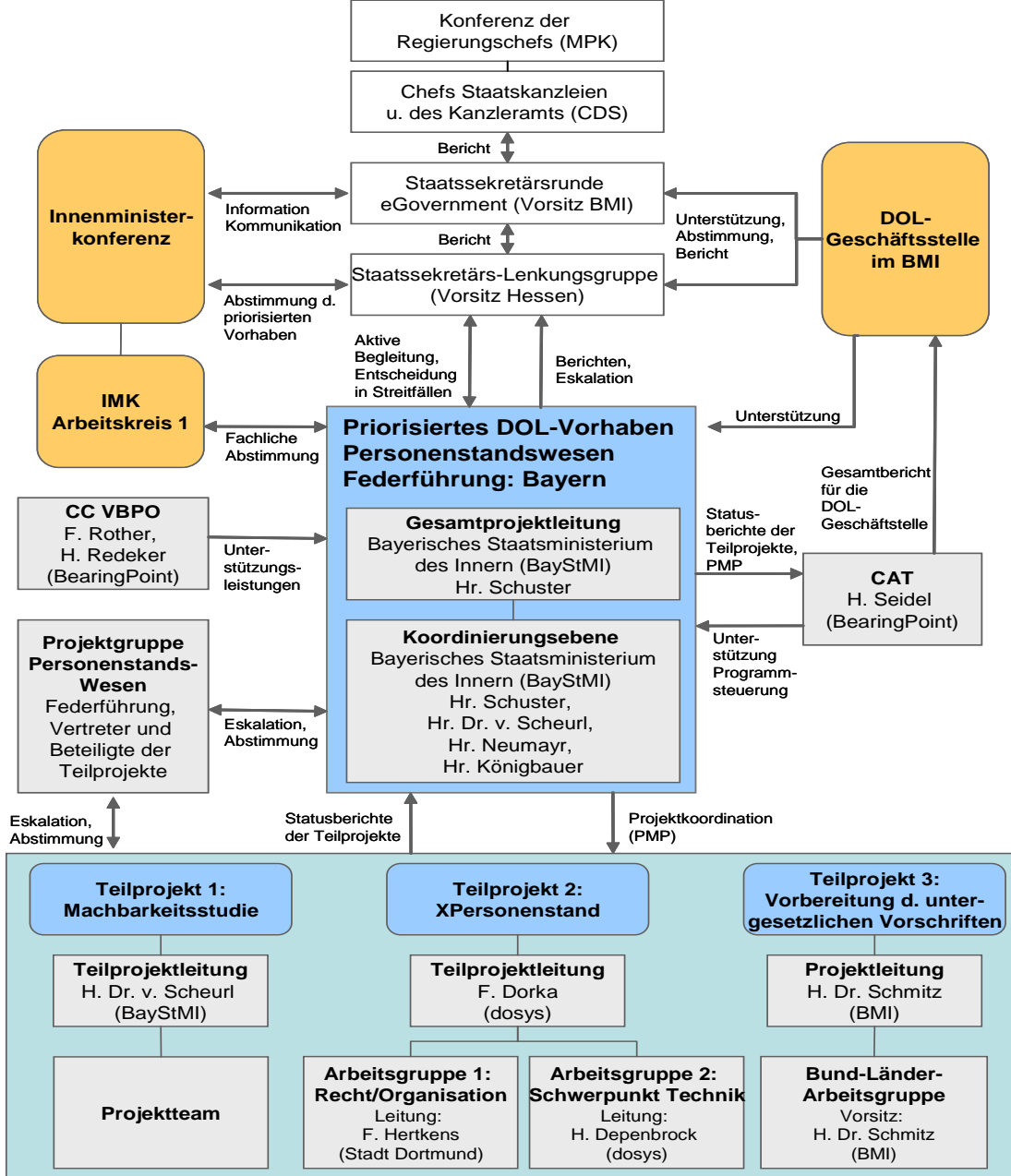
8

DOL Personenstand
Bochum 29.03.2007

© Walter Königbauer BayStM

Datenaustausch





Das priorisierte Projekt Personenstandswesen

Federführung Bayr. Staatsministerium des Innern

- **Teilprojekt 1 – MachZentPers**
Ergebnisoffene Machbarkeitsstudie zur Einführung einer zentralen elektronischen Führung der Personenstandsregister
Projektleitung Bayr. Staatsministerium des Innern
- **Teilprojekt 2 – XPersonenstand**
Entwicklung eines Datenaustauschformats XPersonenstand
Projektleitung Stadt Dortmund
- **Teilprojekt 3 –**
Vorbereitung der untergesetzlichen Vorschriften
Projektleitung BMI

- Ausführung der am 1.1.2009 in Kraft tretenden Vorschriften
 - Allgemeine personenstandsrechtliche Bestimmungen
 - ✓ PStV (neu)
 - Anforderungen an elektronisches Verfahren
 - ✓ TPStV (neu)
 - Verwaltungsvorschriften zum PStRG
 - ✓ DA (neu)
 - ✓ - Vorentwurf bis Mitte 2007
 - ✓ - Erlassverfahren bis Mitte 2008
 - ✓ - Inkrafttreten zum 1.1.2009

- Entscheidungsgrundlage für „ob“ und „wie“ eines zentralen elektronisches Personenstandsregisters
- Darstellung verschiedener Modelle
- Ermittlung des voraussichtlichen Aufwands und Finanzbedarfs
- Entwicklung eines organisatorischen und DV-technischen Grobkonzepts für das favorisierte Modell, als Basis für die Pilotierung eines zentralen Registers

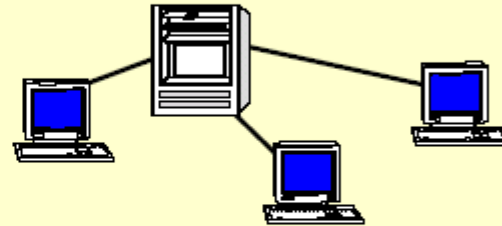
([Pilotbetrieb](#), nur wenn sinnvoll und wirtschaftlich)

DEZENTRALE
Verarbeitung
+ Speicherung

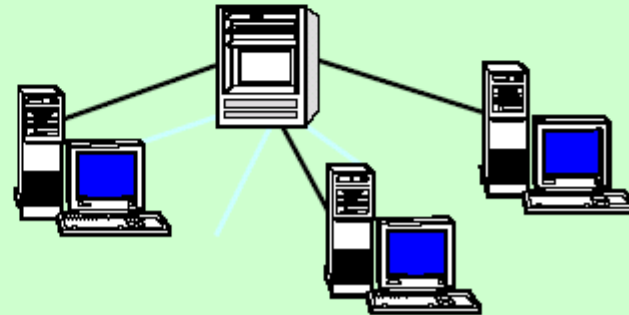
bisher



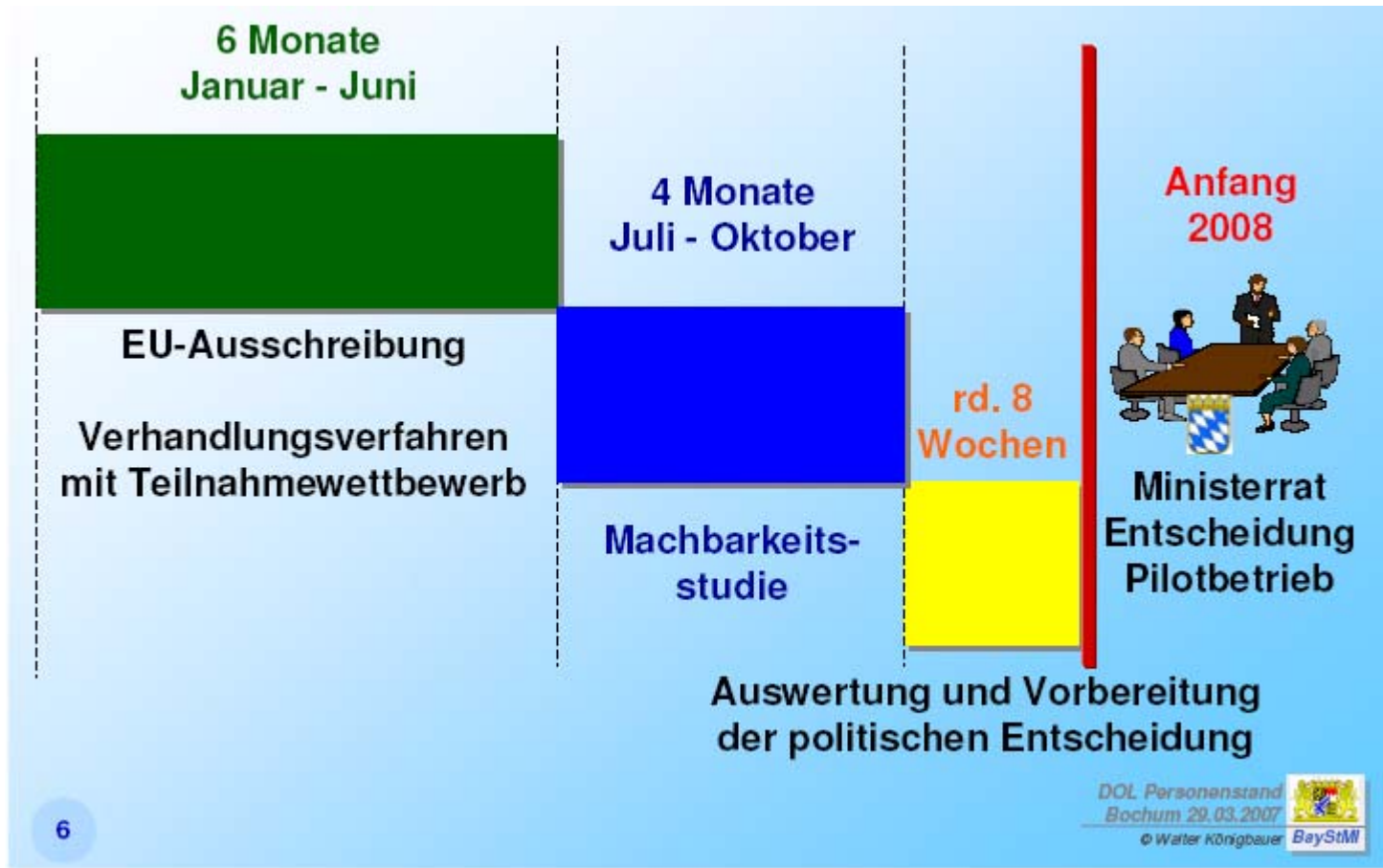
ZENTRALE
Verarbeitung
+ Speicherung



DEZENTRALE
Verarbeitung
ZENTRALE
Speicherung



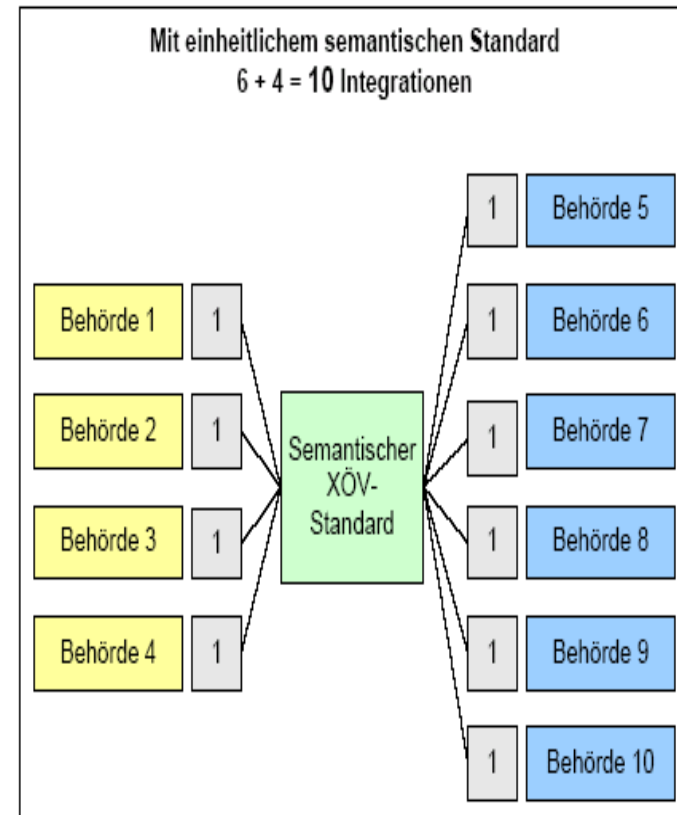
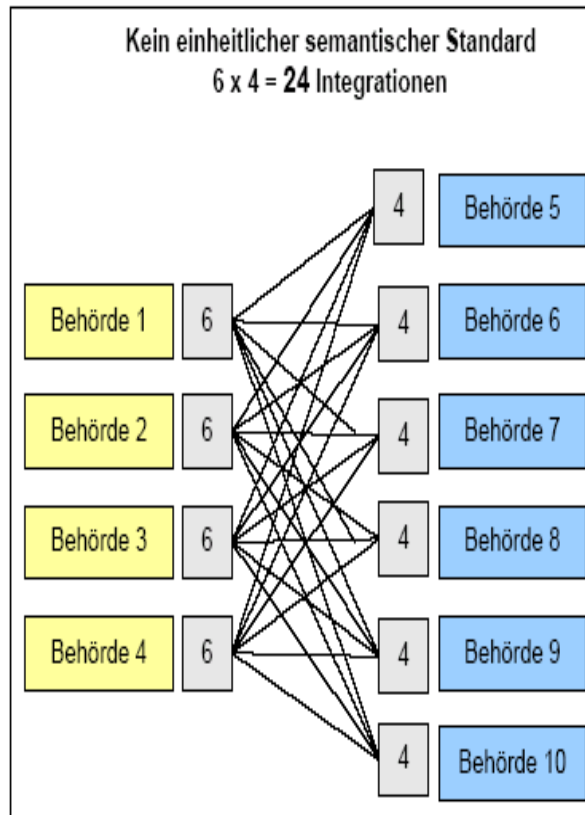
Zeitplanung 2007



Entwicklung eines Datenaustauschformats XPersonenstand

- das PStRG (elektronische Registerführung) schafft Handlungsbedarf
- aber das PStG schreibt nur die elektronische Registerführung vor, nicht den elektronischen Datenaustausch
- Mitteilungen in Papierform weiter möglich und bis 2014 auch zwingend
- Erheblicher Effizienz- und Qualitätsgewinn bei elektronischem Datenaustausch wird erwartet
- Unabhängig von *zentraler* oder *dezentraler* und von *personenbezogener* oder *ereignisbezogener* Speicherung

Warum ein Standard?



Warum ein Standard?

- ermöglicht medienbruchfreie, teil- oder vollautomatisierte Verarbeitung der Daten
- weitgehende Automatisierung nur durch standardisierte Nachrichteninhalte
- nicht viele unterschiedliche, teure bilaterale Lösungen, sondern eine verbindliche
- schafft organisatorische, semantische und technische Interoperabilität,
- erhöht die Wiederverwendbarkeit von Lösungen, Bausteinen und Modellen,

Warum ein *öffentlicher* Standard?

- öffentliches Eigentum
- in der Hand der Länder
- Verlässlichkeit
- herstellerunabhängig und produktunabhängig
- wettbewerbsunterstützend
- Voraussetzung für umfassendes eGovernment
- erleichtert die Abwicklung von Verfahren durch zentrale Dienstleister

Kommunikationspartner im Personenstandwesen

- AG Schöneberg
- Amt für Statistik (Kommunen, Land)
- Ausländische Behörde
- Bestatter (im Auftrag der Angehörigen) (§ 33 PStG, § 327 DA)
- Eltern / Anzeigender
- Elterngeldbehörde
- Finanzamt
- Gemeindebehörde (§ 34 a PStG, § 329 DA)
- Jugendamt
- Kindergeldkasse
- Konsulat
- Krankenkasse
- Lebenspartnerschaftsbehörde
- Meldebehörde
- Nach Landesrecht zuständige Behörde (Anzeige Tod)
- Nachlassgericht/Notariat/Ortsgerichte/ u.a.
- Öffentl. Einrichtungen (Krankenhäuser usw.)(§ 34 PStG, § 328 DA)
- private Einrichtungen (§ 34 i.V.m. § 19 PStG, § 328 DA)
- Religionsgemeinschaft
- Standesamt
- Standesamt des ausländischen Geburtsortes
- Standesamt I in Berlin
- Vormundschaftsgericht bzw. Familiengericht
- Ausländerbehörde

Warum ein **X-Standard**?

▪ XML

- weltweite Standardsprache, leicht und selbsterklärend zu verarbeiten
- XML definiert die logische Bedeutung von Daten, Informationen und Texten - ähnlich wie die Tabellen- und Spalten-Bezeichnungen in Datenbanken und Tabellenkalkulationen
- interoperables Datenformat, unabhängig von der Technik der Kommunikationspartner

▪ OSCI

- OSCI – Transportstandard in Anlehnung an HBCI der Kreditwirtschaft
- Nachrichtenstandard für den Einsatz im E-Government
- OSCI setzt Erfordernisse des E-Governments um:
 - ✓ Interoperabilität
 - ✓ Sichere Kommunikation in beide Richtungen
 - ✓ Nachrichten in drei Schichten

Warum OSCI?

OSCI (A) Sicherer Transport

Sicherheit im eGovernment

-  elektronische Signatur
-  Verschlüsselung
-  zentrale Technik / sicheres Portal




OSCI (B) XJustiz

OSCI (B) XKfz


OSCI (B) XMeld

OSCI (B) XPersonenstand

Personenstandswesen

-  Registerrauskunft
-  LDS-Statistikmitteilung
-  Geburtsmitteilung

OSCI besteht aus zwei Teilen:

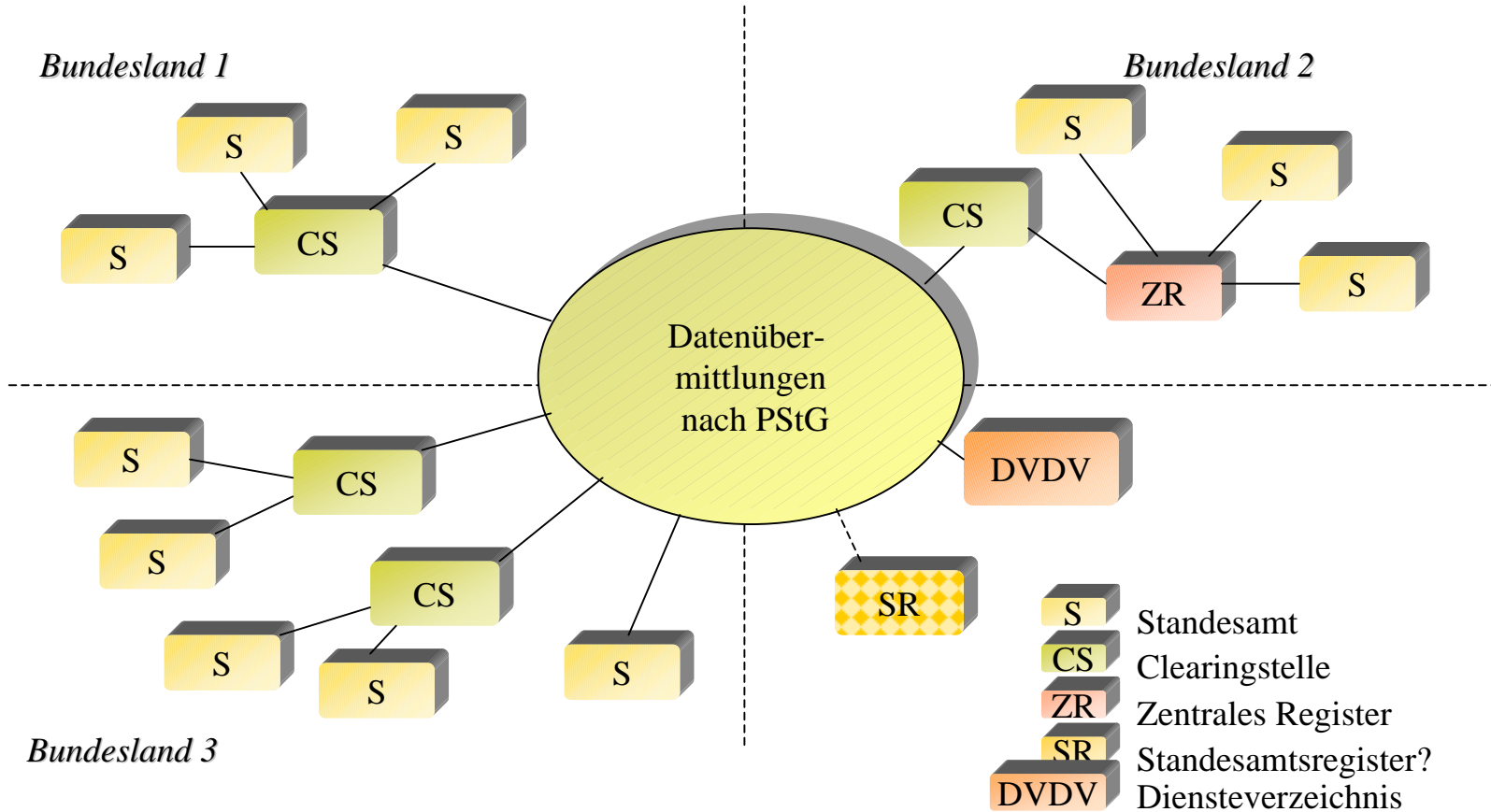
- Teil **A**: Querschnittsaufgabe „sicherer Transport“
 - Vertraulichkeit 
 - Verschlüsselung
 - Integrität + Authentizität: elektronische Signatur
 - Nachweisbarkeit, Unbestreitbarkeit
 - Erarbeitet mit Kryptologen
- Teil **B**: Nachrichtenformate
 - Fachspezifisch, aufgabenbezogen
 - Erarbeitet mit Fachleuten der Verwaltung



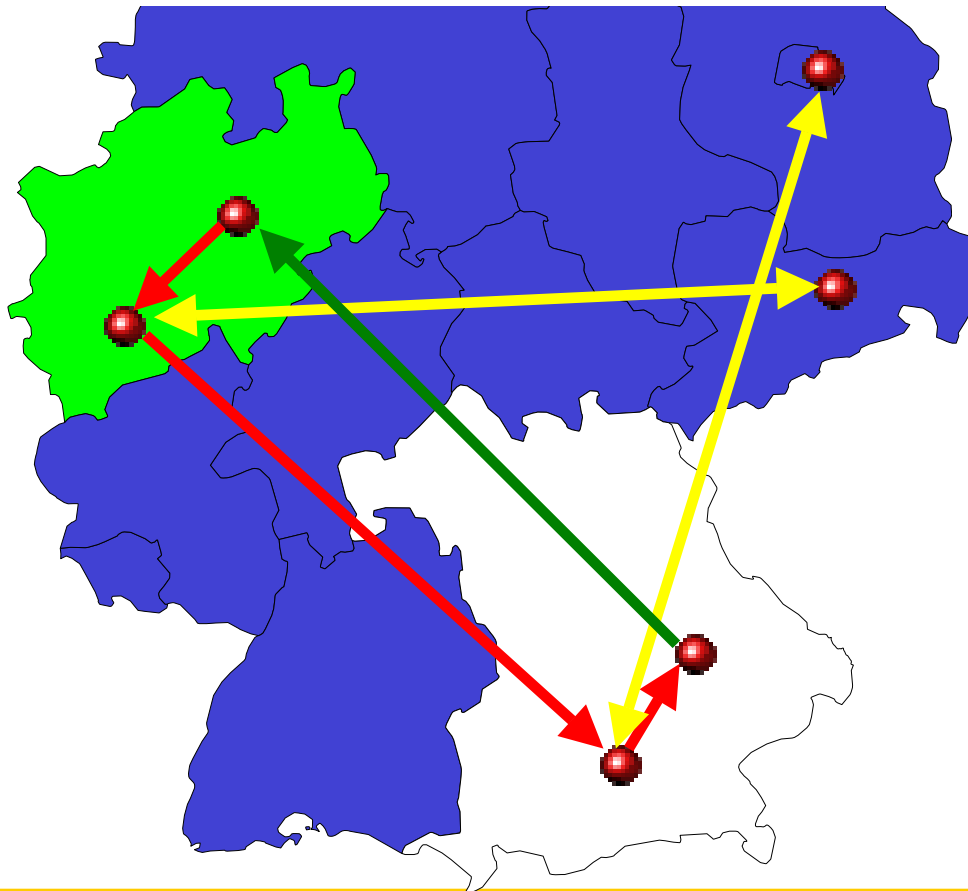
DEUTSCHLAND
ONLINE

Länderstrukturen

DEUTSCHLAND-ONLINE
PERSONENSTAND



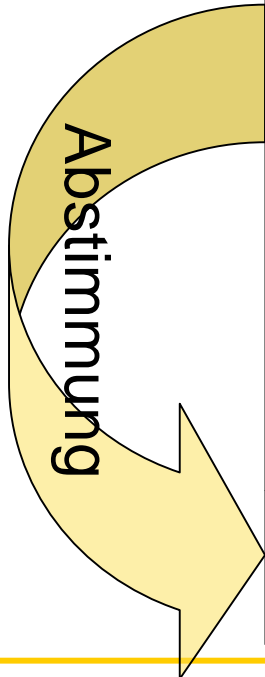
Ein Kommunikations-Beispiel



1. Die Verlobten M. aus Dortmund möchten heiraten
2. Die Standesamtssoftware generiert eine elektr. Anfrage zur erforderlichen Geburtsurkunde
3. Die Anfrage wird via TESTA oder Internet der NW-Clearingstelle übermittelt
4. Diese ermittelt über die GKZ im DVDV die Zieladresse (IP, techn. Zugang)
5. Die NW-Clearingstelle übermittelt die Daten an die bayr. Clearingstelle mit OSCI
6. Die bayr. Clearingstelle lässt die PKI beim Trustcenter prüfen
7. Die bayr. Clearingstelle übermittelt Daten an das Standesamt Nürnberg
8. Nürnberg prüft die Anfrage und veranlasst die Übersendung der Urkunde

Projektübersicht

Projekt	2007				2008				2009				2010			
	1	2	3	4	1	2	3	4	1	2	3	4	1	2	3	4
Personenstandwesen																
Teilprojekt 1																
Machbarkeitsstudie Bayern																
Pilot Zentrale Registerführung																
Auswertung																
Teilprojekt 2																
Informationsmodell																
Architektur																
Analyse Standesamtsverzeichnis																
Modul 1 - Nachricht Standesämter																
Modul 2 - Nachricht Meldebehörden																
Modul 3 - Nachricht Finanzverwaltung																
Modul 4 - Nachricht Statistik																
Modul 5 - Nachricht andere																
Teilprojekt 3																
Allg. personenstandsrechtl. Bestimmungen - PStV (neu)																
Anforderungen an elektronisches Verfahren – TPStV (neu)																
Verwaltungsvorschriften zum PStRG – DA (neu)																
Projekt Meldewesen																
Projekt X-Ausländer																
Projekt Standardisierung																



Abstimmung



Dortmunder Systemhaus
Mit kommunaler Kompetenz an Ihrer Seite



Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Martin Depenbrock
Stadt Dortmund, Bereichsleiter Anwendungsentwicklung
mdepenbrock@stadtdo.de